

Heute in der Zeitung

Politik

Spritze gegen spinale Muskelatropie

Im Streit um die Finanzierung des teuersten Medikaments der Welt gibt es eine ungewöhnliche Initiative. SEITE 4

Attraktivere Ausbildung für die Kripo

Wer Kriminalkommissar werden will, kommt in Baden-Württemberg künftig schneller ans Ziel. SEITE 6

Baden-Württemberg

Quaggamuschel auf dem Vormarsch

Binnen kurzem hat sich die Quaggamuschel im Bodensee breitgemacht. Das hat Folgen für einheimische Tiere. SEITE 7



Entdecken

Der perfekte Popsong

Forscher haben untersucht, welche Akkordfolgen ein Lied haben muss, damit es Hörern gefällt. SEITE 8

Wirtschaft

Osram-Mitarbeiter streiken

Hunderte Osram-Beschäftigte machen in München und Berlin Front gegen einen Jobabbau. SEITE 11

Aus aller Welt

Mann stirbt nach Erdbeben

Die Regen- und Schneefälle in Österreich haben ein Todesopfer gefordert. Ein Mann wurde verschüttet. SEITE 16

Stuttgart

Mehr Schutz für Fahrräder

Unter der Stuttgarter Paulinenbrücke testet die Stadt eine Sammelgarage für die Zweiräder. SEITE 17

Reportage

Zuhause im Lärm

Hans-Georg Frey wohnt an der B 10 in Kuchen. Täglich fahren 23 000 Autos an seinem Haus vorbei. SEITE 24

Kultur

Schwere Schäden in Venedig

Nach den schweren Hochwassern der letzten Tage werden die Folgen für Kunst und Architektur deutlich. SEITE 25



Sport

Getrübe Vorfreude

Allianz MTV Stuttgart startet mit Sorgen in die Champions League – und baut auf Martina Samadan. SEITE 31

Kolumne und Kommentar

Intoleranz Die Generation Moral kritisiert auch reumütige Politiker gern, beobachtet Sibylle Krause-Burger. SEITE 4

Chemie Die Tarifparteien setzen auf Kooperation. Das ist klug, kommentiert Matthias Schiermeyer. SEITE 9

Rubriken

Impressum _____ 10 Familienanzeigen _____ 28
Notfallnummern _____ 21, 22 Fernsehprogramm _____ 29
Was Wann Wo und Gewinnquoten _____ 30

StZ digital

StZ Plus

Immer aktuell und früher informiert

Nutzen Sie mit der Webseite und dem digitalen Angebot die gesamte redaktionelle Vielfalt der Stuttgarter Zeitung. www.stuttgarter-zeitung.de/plus

Newsletter „Die StZ am Morgen“

Wichtige Themen auf einen Blick

Montags bis samstags stellen unsere Redakteure die besten Texte für Sie zusammen. <http://stzlinx.de/newsletter>



Soziale Netzwerke

Diskutieren Sie mit!

Facebook, Instagram, Youtube: Die StZ können Sie auf allen Kanälen abonnieren. <http://stzlinx.de/social>

Ihr Kontakt zur Stuttgarter Zeitung

Telefon
Zentrale und Redaktion _____ 0711/72 05-0
Anzeigen _____ 07 11/72 05-21
Leserservice _____ 0711/72 05-61 61
Probe-Abonnement _____ 080 00 14 14 14

Online

www.stuttgarter-zeitung.de
www.stuttgarter-zeitung.de/digital
www.stuttgarter-zeitung.de/anzeigenbuchen

Fax
Redaktion _____ 07 11/72 05-12 34
Anzeigen _____ 018 03/08 08 08
Leserservice _____ 07 11/72 05-61 62
*18 03: 0,09 Euro/Min.,
Preis aus dem dt. Festnetz,
Mobilfunkhöchstpreis 0,42 Euro/Min.

E-Mail
Redaktion: redaktion@stz.zgs.de
Anzeigen: anzeigen@stz.zgs.de
Leserservice: service@stz.zgs.de

Redaktion Stuttgarter Zeitung, Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart
Leserservice Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart
Anzeigen Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 26, 70039 Stuttgart
Chiffre Stuttgarter Zeitung Werbevermarktung GmbH, Postfach 10 44 27, 70039 Stuttgart



Bundeskanzlerin Angela Merkel widmet Afrika viel Aufmerksamkeit.

Foto: dpa/Michael Kappeler

Ein Kontinent, viele Perspektiven

Tagesthema

Entwicklung Politisch, wirtschaftlich und militärisch: Deutschlands Engagement in Afrika ist vielfältig. Doch ebenso vielfältig sind die Probleme. Von Jan Dörner

Nachdem die Bundeskanzlerin auf dem Flughafen der senegalesischen Hauptstadt Dakar gelandet war, spielte die auf dem Rollfeld aufgebaute Militärkapelle nicht nur die beiden Nationalhymnen. Sie schmetterte auch den deutschen Hit „Schöne Maid, hast du heut für mich Zeit“. Das war im August vergangenen Jahres. Seitdem hat Angela Merkel (CDU) noch mehrfach Afrika besucht, zuletzt Anfang Mai, um zu signalisieren: Deutschland nimmt sich Zeit für den Nachbarkontinent. Die Bundesregierung hat erkannt, dass die politische, wirtschaftliche und klimatische Entwicklung in Afrika auch enorme Bedeutung für Deutschland und Europa hat. Besonders seit den großen Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 nimmt die deutsche Politik Afrika stärker in den Fokus.

Kritikern fehlt eine Afrikapolitik „aus einem Guss“

Das Durchschnittsalter der Menschen in Afrika ist niedrig. Prognosen zufolge könnte sich die Anzahl der Bewohner innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte verdoppeln. „Dann stellt uns das vor riesige Herausforderungen“, sagte Entwicklungsminister Gerd Müller kürzlich. Erforderlich seien daher nicht nur ausreichend Nahrungsmittel, sondern auch genügend Jobs. Schon heute leide Afrikas Jugend unter Arbeits- und Perspektivlosigkeit, die zu Gewalt, Drogenproblemen und Flucht führen. „Deshalb ist es auch unsere Aufgabe, weiter und verstärkt in afrikanischen Ländern zu investieren“, fügte der CSU-Politiker hinzu.

Müller meint damit finanzielle und wirtschaftliche Investitionen; aber auch politisches und militärisches Engagement gehören zu den Instrumenten deutscher Afrikapolitik. Das Bundeskabinett beschloss im März dafür neue Leitlinien, die eine politische und staatliche Stabilisierung auf dem Kontinent, Wirtschaftswachstum, Unterstützung für die Zi-

vilgesellschaften vor Ort, den Kampf gegen Fluchtursachen sowie die Stärkung internationaler Organisationen und Vereinbarungen in Afrika zum Ziel haben. Zudem sollen mit den Leitlinien die Initiativen der einzelnen Bundesministerien für Afrika besser untereinander abgestimmt werden. Denn nicht nur die Kanzlerin und Entwicklungsminister Müller, das Auswärtige Amt und das Verteidigungsministerium haben den Nachbarkontinent im Blick. Im vergangenen Monat besuchte etwa auch Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) mehrere afrikanische Länder.

Von einer deutschen Afrikapolitik aus einem Guss könne aber keine Rede sein, bemängelt der Grünen-Entwicklungsexperte Uwe Kekeritz im Gespräch mit unserer Zeitung. „Vielmehr bilden eine Vielzahl nicht abgestimmter Initiativen aus verschiedenen Ministerien einen unübersichtlichen Flickenteppich.“ Aus seiner Sicht hat die Bundesregierung die

Chance für eine „durchdachte Entwicklungsstrategie“ für den afrikanischen Kontinent verpasst. Allerdings steht die Bundesregierung mit ihrem Bemühen um eine Unterstützung des Kontinents auch vor einer schwierigen Aufgabe: Es gibt insgesamt 55 afrikanische Länder, die verschiedenen Regionen haben höchst unterschiedliche Probleme und Perspektiven.

Entwicklungsminister Müller stellte am Montag am Rande der Digitaltalklausur der Bundesregierung beispielsweise „sieben digitale Leuchtturmprojekte“ in Afrika vor, die von der Bundesregierung unterstützt werden. „Nirgendwo schreitet die Digitalisierung schneller voran als in Afrika“, sagte der Minister. „Die Zahl der Internetnutzer hat sich dort in den letzten fünf Jahren verdreifacht.“ Die Bundesregierung bemüht sich, private Investitionen in Afrika zu fördern. Dem Ziel dient auch die „Compact with Africa“-Konferenz mit einem Dutzend Ländern am Dienstag

im Kanzleramt. Ein Blick nach Afrika zeigt jedoch, dass in manchen Regionen in keiner Weise daran zu denken ist, dass sich deutsche Unternehmen dort engagieren könnten.

Ethnisch oder religiös befeuerte Konflikte, Terrorismus, Kriminalität, kaum existente staatliche Strukturen, Fluchtbewegungen und die Folgen des Klimawandels führen mancherorts zu einem explosiven Gemisch. Aktuelles Beispiel dafür ist die Sahelzone, die trotz mehrerer internationaler Missionen komplett ins Chaos abzurufen droht. Die französische Armee griff 2013 in Mali ein, um aus dem Norden des westafrikanischen Landes vorrückende Rebellen zu stoppen. Die UN-Truppe Minusma bemüht sich um die Stabilisierung des Landes, die Bundeswehr ist an dem gefährlichen Einsatz aktuell mit etwa 900 Soldaten beteiligt.

Die Entwicklung der Sahelzone beunruhigt die Bundesregierung

Die Instabilität erfasst inzwischen aber auch zunehmend angrenzende Staaten wie Niger und Burkina Faso, die Zahl der Terroranschläge nimmt zu. Die Bundesregierung beobachtet die Lage in der Sahelzone mit wachsender Beunruhigung. Gemeinsam mit Frankreich arbeitet Deutschland an einer internationalen Initiative zur Stabilisierung der Krisenregion.

Die Leiterin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze, Almut Wieland-Karimi, teilt die Sorge um die Sahelzone: „Die Regierungsführung funktioniert dort nicht, während der Extremismus erstarkt.“ Das sei auch für Deutschland von Bedeutung: „Das betrifft Fluchtursachen und den Export von Extremismus.“ Laut Wieland-Karimi müssen sich Deutschland und seine Verbündeten besonders um Reformen und den Aufbau staatlicher Strukturen in der Region bemühen. „Wenn wir vor Ort keine funktionierenden Regierungen haben, fehlen uns auch die Partner zur Zusammenarbeit.“

DAS BREITE BAND DER SAHELZONE



Pakt für Investitionen in Afrika

Das „mit“ ist Angela Merkel (CDU) ganz wichtig. Bei dem „Compact with Africa“ (Pakt mit Afrika) gehe es nicht um eine Initiative „in“ oder „für“ Afrika, betonte die Kanzlerin vor wenigen Tagen. „Wir wollen nicht über die Köpfe der Afrikaner hinweg sprechen.“ Zwölf afrikanische Länder haben sich der Vereinbarung angeschlossen, welche die Bundesregierung während der deutschen G-20-Präsidentschaft vor zwei Jahren ins Leben gerufen hat. Vertreter dieser Staaten sind am Dienstag zum dritten Mal im Kanzleramt auf einem „Compact with Africa“-Treffen zu Gast. Zudem findet im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin eine Investorenkonferenz statt. „Bei diesen Diskussionen werden wir über Investitionen sprechen, über den wirtschaftlichen Fortschritt, über bessere politische Rahmenbedingungen“, erklärte Merkel.

Als Belohnung für stabile politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sollen private Investitionen in die Länder gelenkt werden, die sich dem Pakt angeschlossen haben. Das sind die nordafrikanischen Staaten Marokko, Tunesien und Ägypten sowie der Senegal, Guinea, Ghana, die Elfenbeinküste, Togo, Benin und Burkina Faso im Westen des Kontinents. Hinzu kommen Ruanda und Äthiopien in Ostafrika. Den Ländern winken etwa bessere

Kritik Im Kanzleramt findet an diesem Dienstag eine Afrikakonferenz statt. Die Initiative der Bundesregierung ist durchaus umstritten. Von Jan Dörner

Kreditbedingungen und Förderungen, wenn sie im Gegenzug zum Beispiel ein transparentes Bankensystem aufbauen. „Auf diesem Weg sind wir schon ein Stück vorangekommen“, zog Merkel im Ausblick auf das Treffen kürzlich eine erste Zwischenbilanz.

Die Initiative stößt aber auch auf Kritik. „Der Ausbau der Zusammenarbeit mit ein paar wenigen, vermeintlichen Reform-Champions wird den Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent nicht gerecht“, sagte der entwicklungspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Uwe Kekeritz, der zudem den Fokus auf private Investitionen ablehnt: „Das blinde Vertrauen auf Wachstum reicht nicht aus.“ Auch die Hilfsorganisation Medico International geht mit dem Afrikapakt hart ins Gericht: „Er ist nicht mehr als die Neuaufgabe des immer gleichen Programms, das auf Privatisierung, politische Deregu-

lierung, liberalisierte Finanzmärkte und die Selbstentmachtung der afrikanischen Regierungen setzt“, erklärte die Afrikaexpertin der Organisation, Anne Jung. „Die politischen Probleme des Kontinents sollen gelöst werden, indem ausländisches Kapital durch hohe Profitaussichten und niedrige rechtliche Standards angelockt wird.“

Kritiker wie Kekeritz stellen außerdem den Erfolg der Initiative infrage. Der Pakt bleibe „weit hinter den Erwartungen zurück“, sagte der Grünen-Abgeordnete. „Zählbare Entwicklungserfolge gibt es bislang nicht. Auch vonseiten der G-20-Staaten ist die Initiative ein Flop.“ Während Deutschland als Ergänzung zu dem Pakt erste sogenannte Reformpartnerschaften mit Tunesien, der Elfenbeinküste und Ghana schloss, halten sich die anderen großen Industriestaaten mit ihrem Engagement zurück. „Bis auf Deutschland ist kein G-20-Mitglied neue bilaterale Partnerschaften mit afrikanischen Staaten eingegangen“, sagt Kekeritz. Die Kanzlerin räumt ein, dass das Interesse deutscher Unternehmen an dem Nachbarkontinent eher begrenzt ist. „Für die deutsche Wirtschaft sei die Attraktivität „noch nicht so groß“, dass sie in großem Maße in Afrika investiere, sagte Merkel Anfang Oktober. Im vergangenen Jahr ging der Handel der deutschen Wirtschaft mit dem Nachbarkontinent sogar zurück.

Peta lässt Ferkel Beschwerde einreichen

Tierrechtsorganisation wendet sich gegen Kastration

KARLSRUHE/STUTTGART (epd/StN). Die Tierrechtsorganisation Peta will am Dienstag im Namen von Schweinen beim Karlsruher Bundesverfassungsgericht Beschwerde einreichen. Erstmals in der deutschen Rechtsgeschichte würden Ferkel selbst als Beschwerdeführer auftreten, teilte Peta am Montag mit. Ziel sei es, einen Präzedenzfall zu schaffen, der Tieren zu juristischen Grundrechten ver helfe.

Konkret beschwerten sich die Schweine wegen der Fristverlängerung bei der betäubungslosen Kastration männlicher Ferkel. „Es widerspricht dem Tierschutzgesetz und dem Staatsziel Tierschutz“, heißt es in der Mitteilung. Begleitet werde die Aktion von einer Demonstration mit als Tieren verkleideten Protestlern.

Männliche Ferkel werden kastriert, um den für manche Menschen unangenehmen „Ebergeruch“ zu vermeiden, der bei der Zubereitung des Fleisches auftreten kann. Das deutsche Tierschutzgesetz schreibt vor, dass ein schmerzhafter Eingriff bei einem Wirbeltier nicht ohne Betäubung durchgeführt werden darf. Es lässt allerdings auch die Ausnahme zu, dass Ferkel bis zu ihrem siebten Lebensjahr ohne Betäubung kastriert werden dürfen. Der Bundestag hatte das Ende dieser Praxis 2013 mit einer Übergangsfrist bis Ende 2018 beschlossen. Kurz vor Ablauf der Frist verlängerte der Bundestag die Übergangsfrist um zwei Jahre bis Ende 2020. Dagegen richtet sich die Beschwerde.

Peta Deutschland wurde 1994 in Hamburg gegründet. Der Verein vertritt die Ansicht, dass Tiere nicht dazu da sind, an ihnen zu experimentieren, sie zu essen, sie anzuziehen oder sich von ihnen unterhalten zu lassen. Hauptsitz von Peta ist seit 2014 Stuttgart, eine weitere Niederlassung befindet sich in Berlin.

Die Aktion dient dazu, auf das Problem aufmerksam zu machen, Aussicht auf einen juristischen Erfolg hat sie hingegen nicht. Gemäß Artikel 93 des Grundgesetzes kann eine Verfassungsbeschwerde unter bestimmten Voraussetzungen von „jedermann“ eingereicht werden. Das bedeutet jedoch, dass der Beschwerdeführer ein Mensch sein muss.

US-Kehrtwende in Nahostpolitik

BRÜSSEL (dpa). Die EU wird sich dem US-Kurswechsel in der Nahost-Politik nicht anschließen. „Die Position der Europäischen Union zur israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Palästinensergebieten ist klar und bleibt unverändert“, teilte die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini am Montagabend in Brüssel mit. „Alle Siedlungsaktivitäten sind nach dem Völkerrecht illegal und unterhöhlen die Tragfähigkeit der Zwei-Staaten-Lösung die Perspektiven für einen dauerhaften Frieden (...)“

Die USA hatten zuvor erklärt, im israelischen Siedlungsbau im Westjordanland keinen Verstoß gegen internationales Recht mehr zu sehen. US-Außenminister Mike Pompeo sagte am Montag in Washington, der Bau von israelischen Siedlungen im Westjordanland sei „nicht per se unvereinbar mit internationalem Recht“. Der Schritt reiht sich ein in eine Serie einseitig proisraelischer Entscheidungen der Regierung von US-Präsident Donald Trump.

Semsrott will Reisen der EU eindämmen

BRÜSSEL (dpa). Der deutsche Satiriker und EU-Abgeordnete Nico Semsrott will den Brüsseler Plenarsaal des Europaparlaments in „Straßburg“ umtaufen, um die regelmäßigen Reisen des Parlaments von Brüssel nach Nordfrankreich zu beenden.

Den Antrag stellte der Politiker von „Die Partei“ am Montag bei Parlamentspräsident David Sassoli. Er verwies auf die hohen Kosten des Parlamentsstandorts in Straßburg, die er mit mehr als einer halben Milliarde Euro angab. Die Reisen der Abgeordneten und ihrer Mitarbeiter verursachen nach seinen Angaben mindestens

20 000 Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid. Und das Parlament in Straßburg stehe 300 Tage im Jahr leer – denn die Abgeordneten tagten nur eine Woche im Monat dort und arbeiten in aller Regel in Brüssel.

Sein Lösungsvorschlag: Da der EU-Vertrag zwar Straßburg als einen Sitz des Parlaments vorschreibt, aber nicht Straßburg in Frankreich, solle man einfach im umgetauften Plenarsaal in Brüssel tagen und hätte den Verträgen Genüge getan, schrieb Semsrott an Sassoli.

Semsrott

Angaben mindestens

20 000 Tonnen klima-

schädliches Kohlendioxid. Und das Parla-

ment in Straßburg stehe 300 Tage im Jahr

leer – denn die Abgeordneten tagten nur

eine Woche im Monat dort und arbeiten in

aller Regel in Brüssel.

Sein Lösungsvorschlag: Da der EU-Ver-

trag zwar Straßburg als einen Sitz des

Parlaments vorschreibt, aber nicht Straß-

burg in Frankreich, solle man einfach im



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) besichtigt mit Mariana Moussa, der Gründerin von SOS FEVWF, die Baustelle eines Frauenhauses der Organisation im Niger.

Foto: dpa/Michael Kappeler

Ein Kontinent, viele Perspektiven

Spätestens seit der großen Flüchtlingsbewegung im Jahr 2015 ist die Bundesrepublik um Stabilität in Afrika bemüht

Politisch, wirtschaftlich und militärisch: Deutschlands Engagement in Afrika ist vielfältig. Doch ebenso vielfältig sind die Probleme im Nachbarkontinent.

VON JAN DÖRNER

BERLIN. Nachdem die Bundeskanzlerin auf dem Flughafen der senegalesischen Hauptstadt Dakar gelandet war, spielte die auf dem Rollfeld aufgebaute Militärmusik nicht nur die beiden Nationalhymnen. Sie schmetterte auch den deutschen Hit „Schöne Maid, hast du heut für mich Zeit“. Das war im August vergangenen Jahres. Seitdem hat Angela Merkel (CDU) noch mehrfach Afrika besucht, zuletzt Anfang Mai, um zu signalisieren: Deutschland nimmt sich Zeit für den Nachbarkontinent. Die Bundesregierung hat erkannt, dass eine positive Entwicklung in Afrika enorme Bedeutung für Deutschland hat. Besonders seit den Flüchtlingsbewegungen im Jahr 2015 nimmt die deutsche Politik Afrika stärker in den Fokus.

Das Durchschnittsalter der Menschen in Afrika ist niedrig. Prognosen zufolge könnte sich die Anzahl der Bewohner innerhalb der nächsten drei Jahrzehnte verdoppeln. „Dann stellt uns das vor riesige Herausforderungen“, sagte Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) kürzlich. Erforderlich seien daher nicht nur ausreichend Nahrungsmittel, sondern auch genügend Jobs. Schon heute leide Afrikas Jugend unter Arbeits- und Perspektivlosigkeit, die zu Gewalt, Drogenproblemen und Flucht führen. „Deshalb ist es auch unsere Aufgabe, weiter und verstärkt in afrikanischen Ländern zu investieren“, fügte der CSU-Politiker hinzu. Müller meint damit wirtschaftliche Investitionen, aber auch politisches und militärisches Engagement. Das Bundeskabinett beschloss im März dafür neue Leitlinien, die unter anderem Wirtschaftswachstum, den Kampf gegen Fluchtursachen sowie die Stärkung internationaler Organisationen zum Ziel haben. Im vergangenen Monat besuchte daher auch Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) mehrere afrikanische Länder.

Von einer deutschen Afrikapolitik aus einem Guss könne aber keine Rede sein, bemängelt der Grünen-Entwicklungsexperte Uwe Kekeritz im Gespräch mit unserer Zeitung. „Vielmehr bilden eine Vielzahl nicht abgestimmter Initiativen aus verschiedenen Ministerien einen unübersichtlichen Flickenteppich.“ Aus seiner Sicht hat die Bun-

desregierung die Chance für eine „durchdachte Entwicklungsstrategie“ für den afrikanischen Kontinent verpasst. Allerdings steht die Bundesregierung mit ihrem Bemühen um eine Unterstützung des Kontinents auch vor einer schwierigen Aufgabe: Es gibt insgesamt 55 afrikanische Länder, die verschiedenen Regionen haben höchst unterschiedliche Probleme.

Entwicklungsminister Müller stellte am Montag am Rande der Digitalklausur der Bundesregierung beispielsweise „sieben digitale Leuchtturm-Vorhaben“ in Afrika vor, die von der Bundesregierung unterstützt werden. „Nirgendwo schreitet die Digitalisierung schneller voran als in Afrika“, sagte der Minister. „Die Zahl der Internetnutzer hat sich dort in den letzten fünf Jahren verdreifacht.“ Die Bundesregierung bemüht sich, private Investitionen in Afrika zu fördern. Ein Blick nach Afrika zeigt jedoch, dass in manchen Regionen in keiner Weise daran zu denken ist, dass sich

deutsche Unternehmen dort engagieren könnten.

Ethnisch oder religiös befeuerte Konflikte, Terrorismus, Kriminalität, kaum existierende staatliche Strukturen, Fluchtbewegungen und die Folgen des Klimawandels führen mancherorts zu einem explosiven Gemisch. Aktuelles Beispiel dafür ist die Sahelzone,

deswehrt ist an dem gefährlichen Einsatz aktuell mit etwa 900 Soldaten beteiligt. Die Instabilität erfasst inzwischen aber auch zunehmend angrenzende Staaten wie Niger und Burkina Faso, die Zahl der Terroranschläge nimmt zu. Die Bundesregierung beobachtet die Lage in der Sahelzone mit wachsender Beunruhigung. Gemeinsam mit Frankreich arbeitet Deutschland an einer internationalen Initiative zur Stabilisierung der Krisenregion.

Die Leiterin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze, Almut Wieland-Karimi, teilt die Sorge um die Sahelzone: „Die Regierungsführung funktioniert dort nicht, während der Extremismus erstarbt.“ Das sei auch für Deutschland von Bedeutung: „Das betrifft Fluchtursachen und den Export von Extremismus.“ Laut Wieland-Karimi müssen Deutschland und seine Verbündeten sich besonders um Reformen und den Aufbau staatlicher Strukturen in der Region bemühen. „Wenn wir vor Ort keine funktionierenden Regierungen haben, fehlen uns auch die Partner zur Zusammenarbeit.“

„Nirgendwo schreitet die Digitalisierung schneller voran als in Afrika.“

Gerd Müller (CSU)
Entwicklungsminister



Foto: dpa/Stephanie Pflück

Pakt für Investitionen in Afrika

Die Initiative der Bundesregierung auf dem Nachbarkontinent ist durchaus umstritten

VON JAN DÖRNER

BERLIN. Das „mit“ ist Angela Merkel (CDU) ganz wichtig. Bei dem „Compact with Africa“ (Pakt mit Afrika) gehe es nicht um eine Initiative „in“ oder „für“ Afrika, betonte die Kanzlerin vor wenigen Tagen. „Wir wollen nicht über die Köpfe der Afrikaner hinweg sprechen.“ Zwölf afrikanische Länder haben sich der Vereinbarung angeschlossen, welche die Bundesregierung während der deutschen G-20-Präsidentschaft vor zwei Jahren ins Leben gerufen hat. Vertreter dieser Staaten sind am Dienstag zum dritten Mal im Kanzleramt auf einem „Compact with Africa“-Treffen zu Gast. Zudem findet im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin eine Investorenkonferenz statt.

Als Belohnung für stabile politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sollen private Investitionen in die Länder gelenkt werden, die sich dem Pakt angeschlossen haben. Das sind die nordafrikanischen Staaten Marokko, Tunesien und Ägypten sowie Senegal, Guinea, Ghana, die Elfenbeinküste, Togo, Benin und Burkina Faso im Westen des

Kontinents. Hinzu kommen Ruanda und Äthiopien in Ostafrika. Den Ländern winken etwa bessere Kreditbedingungen und Förderungen, wenn sie im Gegenzug zum Beispiel ein transparentes Banken- und Finanzsystem aufbauen.

Kritiker stellen den Erfolg der Initiative in Afrika infrage

Die Initiative stößt auch auf Kritik. „Der Ausbau der Zusammenarbeit mit ein paar wenigen, vermeintlichen Reform-Champions wird den Herausforderungen auf dem afrikanischen Kontinent nicht gerecht“, sagte der entwicklungspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Uwe Kekeritz, der zudem den Fokus auf private Investitionen ablehnt: „Das blinde Vertrauen auf Wachstum reicht nicht aus.“ Auch die Hilfsorganisation Medico International geht mit dem Afrikapakt hart ins Gericht: „Er ist nicht mehr als die Neuaufgabe des immer gleichen Programms, das auf Privatisierung, politische Deregulierung, liberalisierte Fi-

nanzmärkte und die Selbstentmachtung der afrikanischen Regierungen setzt“, erklärte die Afrikaexpertin Anne Jung. „Die politischen Probleme des Kontinents sollen gelöst werden, indem ausländisches Kapital durch hohe Profitaussichten und niedrige rechtliche Standards angelockt wird.“

Kritiker wie Kekeritz stellen außerdem den Erfolg der Initiative infrage. Der Pakt bleibe „weit hinter den Erwartungen zurück“, sagte der Grünen-Abgeordnete. „Zählbare Entwicklungserfolge gibt es bislang nicht. Auch vonseiten der G-20-Staaten ist die Initiative ein Flop.“ Während Deutschland als Ergänzung zu dem Pakt erste Reformpartnerschaften mit Tunesien, der Elfenbeinküste und Ghana schloss, halten sich die anderen großen Industriestaaten mit ihrem Engagement zurück.

Die Kanzlerin räumt außerdem ein, dass das Interesse deutscher Unternehmen am dem Nachbarkontinent eher begrenzt ist. Für die deutsche Wirtschaft sei die Attraktivität „noch nicht so groß“, dass sie in großem Maße in Afrika investiere, sagte Merkel Anfang Oktober.

Irans Polizei schießt scharf auf Demonstranten

Aktivisten sprechen von 60 Toten – Größte Unruhen seit dem Sturz des Schahs 1979 – Benzinpreiserhöhung als Auslöser

VON MARTIN GEHLEN

TEHERAN. Vergeblich versuchte Hassan Ruhani, die Wogen zu glätten. Er habe Verständnis für die Not der Bevölkerung, sagte er und beschwor seine Landsleute, sich nicht zu Gewalttaten hinreißen zu lassen. „Protestieren ist das legitime Recht der Bürger, aber Vandalismus ist etwas ganz anderes“, erklärte der iranische Präsident – vergeblich.

Stattdessen eskalieren die Proteste, die sich mittlerweile zu einer landesweiten Rebellion in mehr als 100 Städten entwickeln. „Nieder mit dem Diktator“ und „Nieder mit der Islamischen Republik“, skandieren die Menschen. „Wir haben keine Arbeit und keine Zukunft.“ In einigen kleineren Städten ist den Sicherheitskräften die Kontrolle entglitten. Augenzeugen aus Bushehr, wo sich Irans kommerzieller Atommeiler befindet, berichteten von chaotischen Szenen.

In der südlichen Metropole Shiraz übernahmen die Demonstranten die Kontrolle über die Stadt

In der Metropole Shiraz übernahmen die Demonstranten nach Angaben lokaler Journalisten die Kontrolle über die Stadt, über der schwarze Rauchwolken standen. In Teheran und Isfahan parkten Regimekritiker

ihre Autos mitten auf der Stadtautobahn und legten so die wichtigsten Verkehrsachsen lahm. Ein Lastwagen kippte unter dem Jubel der Demonstranten Ziegelsteine auf die Imam-Ali-Schnellstraße.

Für den Obersten Revolutionsführer Ali Chamenei sind die Menschen auf den Straßen vom Ausland gesteuerte Hooligans. Falls die Proteste nicht aufhörten, werde man entschieden einschreiten, erklärte am Montag drohend die Führung der Revolutionären Gardien. Seit Sonntag ist das Internet im Iran nahezu komplett gekappt, die meisten Schulen blieben geschlossen. Wie die wenigen noch aus dem Lande hochgeladenen Videos zeigen, wird in den Straßen mittlerweile scharf auf Demonstranten geschossen. Junge Leute halten Patronenhülsen in den Händen, die sie aufgleisen haben. Nach Angaben von Aktivisten sollen bisher mindestens 60 Menschen ihr Leben verloren haben.

Ausgelöst wurde die landesweite Revolte durch eine plötzlich mitten in der Nacht zum Freitag verkündete Preiserhöhung für Benzin. Bisher konnte jeder Autobesitzer 60 Liter pro Monat zu dem hochsubventionierten Preis von umgerechnet 7,5 Eurocent pro Liter kaufen, jetzt werden rund elf Eurocent fällig. Wer mehr als diese rationierte Grundmenge braucht, muss künftig 22 Eurocent pro Liter berappen, im internationalen Vergleich immer noch spottbillig. Trotzdem belastet dieser Schritt vor allem die Armen unter den 80 Millionen Iranern, die seit Jahren unter Inflation und Arbeitslosigkeit leiden. Vor allem die von US-Präsident Donald Trump im Herbst 2018 reaktivierten Sanktionen machen der iranischen Wirtschaft zu schaffen. Die Währung befindet sich im freien Fall. Der Internationale Währungsfonds kalkuliert, dass Irans Wachstum 2019 um fast zehn Prozent schrumpft.